

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-62772](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-62772)

als der Zusammentritt des Landtags innerhalb 14 Tagen bevorstand, das habe ich noch nirgends gerechtfertigt gefunden, und ich möchte die Rechtfertigung auch noch erwarten. Nöthigenfalls wenn es so große Eile gehabt hätte, hätte ja der Landtag früher berufen und über den Anschluß befragt werden können. Es hätte sich dagegen höchstens einwenden lassen, daß die weitem Vorlagen nicht hinlänglich vorbereitet gewesen wären, aber das hätte auch nichts geschadet und ist jetzt am Ende auch nicht anders; denn so spät ist auch das Militärbudget in unsere Hände gekommen, daß es noch nicht zur Berathung reif ist. Deshalb also die Sache so auf die Spitze gestellt, und Vielen gewissermaßen einen innerlichen Zwang angelegt, daß man mit Auflösung oder Abtretung des Ministeriums droht? Meine Herren, viele von Ihnen fürchten die Auflösung des Landtags, und es läßt sich nicht läugnen, daß Manches jetzt schleunig zu thun notwendig ist, und daß das Land die Folgen der Auflösung unangenehm empfinden würde; aber ich möchte Sie dann darauf hinweisen, was werden, wenn wir durch unsere Zustimmung der Auflösung des Landtags vorbeugen, dann die Folgen sein? und werden diese Folgen besser sein als die, welche die Auflösung des Landtags hervorbringt?

Meine Herren, wir haben uns schon einmal in ähnlicher Lage befunden. Es war dieses, als es sich um die Civilliste handelte, wo auch ein Bruch zwischen Regierung und Landtag bevorstand, wenn man nicht nachgeben wollte. Dieselben Gründe wurden damals geltend gemacht. Der Landtag gab nach, und was war die Folge des Nachgebens? Keine andere, als daß der Landtag künftig in allen entscheidenden Fragen wieder nachgeben mußte. Wenn Sie jetzt nachgeben und sich durch Drohungen schrecken lassen, so glauben Sie nur, Ihre Kraft ist dahin. Es wird dann bei allen entscheidenden Fragen dieselbe Drohung erneuert werden, und Sie werden dann wieder nachgeben müssen, und die Folge davon, daß wir den Landtag erhalten haben, werden viel schlimmer sein, als die einer Auflösung. Wir würden durch Nachgeben schwach sein, der neue Landtag aber wird mit neuer Kraft auftreten. Das wäre die Folge davon, wenn wir uns irre machen ließen durch Drohung und nachgäben, um nicht aufgelöst zu werden. Was die andere Möglichkeit betrifft, daß das Ministerium abtreten könnte, so geht aus meiner bisherigen Auseinandersetzung wohl schon hervor, was ich davon denke, ich will nicht weiter darauf eingehen, ich frage nicht so verzeihungsvoll wie ein anderer Redner: wenn das Ministerium abgeht, was dann? Es wird sich schon finden. Lassen Sie sich auch durch diese Furcht nicht bewegen. — Hinsichtlich der Gründe gegen den Anschluß will ich nur Einiges bemerken. Es ist gesagt worden, durch die Attractionskraft anderer Staaten werde man gezwungen werden, dem Bündnisse sich anzuschließen. Es stimmt dieses mit der Aeußerung eines andern Abgeordneten überein, der gesagt hat, daß wir werden gezwungen werden, wie auch die andern Staaten. Dagegen kann ich nur sagen, wenn wir uns einzeln fesseln lassen, wird freilich dieser Zwang herauskommen, so wie man den Pferden einzeln das Gebiß anlegt und sie vor den Wagen spannt und dann

alle zusammen lenkt und bündigt, so wird es auch den einzelnen Staaten ergehen, sie werden einzeln zum Beitritt gezwungen, wenn sie nicht alle fest Stand halten, und dann gemeinschaftlich geknechtet. Ein Redner wies uns auf die Macht Preußens hin, daß Preußen mit seinen 300,000 Bajonetten, die es selber nicht ernähren könne, aber gerade, wenn wir uns anschließen, werden wir diese Bajonette mit ernähren müssen. Wenn man sagt, der Anschluß an das Berliner Bündniß sei der einzige Weg, zur Rettung, zur Einheit und Freiheit des Volks zu gelangen, so glauben Sie das nicht, daß dem Volke diese Hand geboten wird. Die Krone Preußen hat vom Volke die Kaiserkrone nicht annehmen wollen, es hat sie zurückgestoßen, als sie vom Volk zur Begründung der Einheit und Freiheit Deutschlands geboten wurde. Die Krone Preußen reicht nicht uns, dem Volke, die Hand, sondern den Fürsten, um auf diese Weise mit den Fürsten und durch sie sich eine Kaiserkrone zu schaffen. Aber selbst, wenn diese Hand uns, dem Volke, geboten würde, wir müßten sie doch zurückstoßen, denn sie triefst von unschuldig vergossenem Blute.

### Zweite Rede des Abg. Wibel I.,

insonderheit gegen den Vortrag des Ministers Oberst Mosle.

Ich habe mir noch zum Zweitemale das Wort erbeten, um auf einige Worte zu antworten, die heute Vormittag der Herr Präsident des Staatsministeriums die Güte hatte an uns zu richten. Es wurde darin zunächst der Satz, ob durch einen Beschluß mit einfacher Stimmenmehrheit die Zustimmung zum Berliner Bündniß erklärt werden könne, hervorgehoben. Wenn aber der Herr Präsident des Ministeriums sagte, es sei nur Anbahnung einer Vereinbarung zu der Veränderung dieses Artikels unseres Staatsgrundgesetzes, so wird doch sicher nicht verkannt werden können: wenn heute in dem Staatsgrundgesetze steht: dies ist ein Satz, der weder durch Vereinbarung noch durch Gesetzgebung abgeändert werden kann, und wir schließen morgen einen Vertrag mit andern Staaten ab, wornach das nun doch soll geschehen können, daß alsdann unser Staatsgrundgesetz abgeändert ist. Wenn sodann uns eingeworfen wurde, die politische Welt folge dem Gesetze der physischen, dem Gesetze der Schwerkraft, dann muß ich wahrlich bekennen, daß ich das nie und nimmermehr bestätigt gesehen habe. Was ich von der Weltgeschichte weiß, sagt mir das Gegentheil; ich habe noch nie gehört, daß ein colossaler todter Staatskörper Attraction ausgeübt hätte auf kleinere, die geistig besetzt waren. China und Persien haben das nicht gethan, wohl aber Griechenland und Rom; und so wird auch der Dreikönigsbund keine solche Kraft ausüben; er würde es nur dann, wenn in ihm der Geist wäre; der Geist aber, meine Herren, ist im Volke und nicht in Regierungen, die den Namen Manteuffel und wie sie alle heißen, an sich tragen. Drittens wurden wir hingewiesen auf die Folgen unseres Neinsagens; es wäre das ein gefährlich Ding; wir drängten dadurch vielleicht uns und ganz Deutschland in das Verhältniß des alten Bundes zurück. Das haben wir nun jetzt eben auch zum Zweitemale wieder gehört von derselben Stelle am Ministerische, und trotzdem dür-



fen wir die entgegenstehende Thatsache nicht verkennen; trotz des Wortes von einem preussischen Staatsmanne werden wir den alten Bund nicht mehr hindern können; unser Thun ist ganz gleichgültig für sein Bestehen; er besteht schon in dem Dreikönigsbündniß und neben demselben, das ist zu lesen in den gedruckten Staatschriften und geht deutlich hervor aus dem, was wir Alle wissen aus Berlin und aus allen den Orten, wo heute die sogenannte deutsche Politik gemacht wird in den Kabinetten, ist sie nur auf Herstellung des alten Staatenbundes gerichtet. In diesem Staatenbunde war aber das der Krebs, an dem die Nation bald zu Grunde gegangen, wenn nicht die Sonne von 1848 aufgegangen wäre, daß Oesterreich und Preußen mit ihrem Einfluß einander in der Schwebel hielten, die übrigen kleinen Staaten aber verschwand, oder erhielten nur dadurch einige Bedeutung, je nachdem sie sich einem dieser beiden Schwerpunkte anhängen mit ihrer Stimme. Wie wird das nun sein in dem neuauferlebten alten Bunde, wenn wir mit unsern kleinen Staaten dem preussischen Bündnisse angehören? Dann haben wir doch wieder den alten Bund, auf der einen Seite mit Preußen, auf der andern mit Oesterreich. Diejenigen Staaten Deutschlands, die nicht Preußen und seinem engeren Bunde angehören werden, haben dann nach wie vor freie Stimme auf diesem Bundestag; wir hätten sie nicht mehr; das Letzte, was uns noch übrig war, als Rettung einiger Selbstständigkeit im alten Bunde, verkoren wir durch das Dreikönigsbündniß, wir wären fest an Preußen. Sollen wir den alten Bund doch wieder haben, so wollen wir wenigstens so frei in ihm bleiben wie früher. Nun aber komme ich, — und doch möchte ich Ihre Geduld nicht gerne ermüden, — auf ein weites Feld, gegen das, was unser Herr Oberst Moske zum Lobe des Bündnisses gesagt hat. Ich weiß, es geschah aus dem Drange seines Herzens für Deutschlands Wohl, aber ich weiß auch, daß aus ebenso warmen Herzen fast jedem Worte, was er gesprochen hat, von meiner Seite ein Nein entgegen tritt, bis ich eines Besseren überzeugt werde. Dies ist nun vielleicht zwischen meinem verehrten Gönner und mir nicht eine neue Erscheinung, sondern kam schon öfter unter uns vor, und darum, wenn ich mich heute, wo ich hier reden muß nach meinem Gide, ausführlicher dieser Pflicht entlade, so mag dieses Verhältnis gerade mich entschuldigen. Wenn wir zunächst an die unblutige Revolution Englands erinnert werden, an die schöne einfache klare Form, in der dort Lords verhandelten mit dem Königthume und in der sie die Staatsform fanden auch für das Volk, welche jetzt Englands Glück und Segen ist, ach! meine Herren, wenn wäre die Brust nicht weit geworden und der Wunsch aufgestiegen, solch einen König und solche Lords zu haben? Aber bleiben wir in Deutschland! Wir haben keine solche volksfreundliche Lords, denen wir vertrauensvoll die Sorge für das Wohl des Vaterlandes überlassen könnten; wir haben Windischgräbe, Brandenburgs und Manteuffels und ganz andre Könige! Zum Aufgeben und Entsagen sind wir sodann ermahnt worden? Ach! wir wollen ja so gerne entsagen, wir wollen so gerne aufgeben, so viel wir irgend dürfen und verantworten können vor unserm Volke, von dem Wege zum Ziele. Auf den leichteren und besseren wollen wir gerne

verzichten, wenn es sein muß; nur nicht auf das Ziel selbst. Zur ruhigen Erwägung ferner hat man uns gewiß nur für die Zukunft ermahnen können; denn wir haben uns heute auf den Standpunkt der Angst und der Sorge nach allen Seiten hin so ruhig überlegend gestellt, daß keiner irgend hat verlegt werden können. Die Reichsverfassung ist allerdings der Standpunkt unserer Staatsregierung gewesen und dessen ist jeder Oldenburger stolz, wie er von jeher seine höchste Freude darin gesucht und vielfach gefunden hat, seine Staatsregierung nur auf dem Boden der Ehrlichkeit und des Rechts zu erblicken. Die Reichsverfassung soll aber jetzt nur noch der Ausgangspunkt sein? das kann ich begreifen, wenn der Anschluß an Berlin unwiderruflich feststeht, weil die Durchführung der Reichsverfassung unmöglich sei. Meine Herren, wo ist aber da Unmöglichkeit nachgewiesen auch nur mit einem einzigen Wort, wo man zugeben muß, daß an den andern Weg nur schwache Hoffnungen und große Befürchtungen sich knüpfen? Da bleibt die Möglichkeit nicht bloß, sondern viel eher die Nothwendigkeit! Wenn nun die Bodenlosigkeit solcher Irrpfade vor uns liegt, wie sollte man denn noch glauben können, daß der andere Weg für immer verlegt sei? und ist nicht heute schon zu wiederholten Malen nachgewiesen der andere eröffnete Weg? Es ist der ehrliche Constitutionalismus! und zu diesem wird man greifen müssen. Machen wir nur den Rücktritt zu ihm nicht unmöglich. Auch hier war dann wieder von dem alten deutschen Bunde die Rede, aber ich glaube, ich brauche nicht einmal noch zu sagen, den brauchen wir nicht mehr zu fürchten, denn er ist da durch das Berliner Bündniß, wenn wir dieses bauen helfen. Was soll aber nun werden, wenn wir nicht beitreten? Die Antwort sind wir nicht schuldig geblieben. Herr Kloster nicht und ich glaube noch Mehrere nicht. Aber nimmermehr hat unsere Antwort auch nur die entfernteste Aehnlichkeit gehabt, mit der die hier gegeben wurde von unserem Ministerische, mit der Aussicht, was dann werden würde, wenn die demokratische Partei die Waffen ergriffe? Wenn zu den Waffen gegriffen wird, dann allerdings ist der Gewalt die Entscheidung überlassen, und die Rebheit pflanzt die Bajonette auf. Aber diese ist bis heute an einer andern Stelle und der wollen wir nicht näher treten durch ein Bündniß. Wir, wenn man uns Demokraten nennt, weil wir die Freunde des Volkes sind, wir wollen mit den Waffen des Geistes kämpfen und siegen, und ich hoffe, Herr Oberst Moske wird in diesem Kampfe gerne an unserer Seite stehen, nicht mit blanken Bajonetten, denn mit diesen wird er keine Ruhe schaffen. — Herr Moske sprach von politischen Lieblingsgedanken und Liebhabereien. Den Staatskünstlern in den Kabinetten mag das gelten; sie haben damit viel Schaden gebracht den Völkern. Aber hier darf und kann davon die Rede nicht sein, an dieser heiligen Stelle unserer Beidigung auf das Wohl des Volkes, unter uns, die wir hier stehen als Vertreter des Volkes! Das aber, was damit gemeint war, wir Alle haben es wohl verstanden, das kann, soll und darf aus diesem Saale allerdings verschwinden, das ist die Rücksicht, die wir etwa zu nehmen hätten, wenn es sich handelte um unsere eigne Liebhabereien, um unsere Zuneigungen oder Abneigungen. Die werden hier



nicht gewogen. Wir sind nicht freiwillig hier, um zur That zu machen, was etwa unsre politische Lieblingsgedanken wären, wir sind auf die Wohlfahrt, die Bedürfnisse, die Wünsche und Intelligenz unseres Volkes hingewiesen, und wenn wir so für unser Volk die Waffen des Geistes ergreifen als Demokraten, dann thun wir was unsere Pflicht ist nach Ueberzeugung. Der preussische Entwurf ist nach allen Seiten hin viel zergliedert worden, er hat bis auf diesen Augenblick nur in diesem letzten Worte vom Ministertische einen Lobredner gefunden, der ihn uns als etwas an sich Wünschenswerthes vor die Augen führte, und danach sollen wir glauben, die Verfassung, die uns von Preußen vorgeschlagen wird für Deutschland, sei besser und freisinniger als die von Belgien und von andern Staaten? Dem kann ich nur ein entschiedenes Nein! entgegensetzen, das ist sie nicht! sie ist noch viel, viel weniger als das! und wenn es freilich wohl ein Irrthum gewesen wäre, daß in dem Organismus der künftigen Staatsgewalten nach dem Berliner Entwurf nicht, wie gesagt sein soll 4, sondern nur 3 Factoren sich finden werden, so ist das mir gleichviel und zu viel nach der einen Seite hin. Der Hauptfehler nämlich ist der, daß der 4. oder 5. Factor ganz fehlt, das ist das Volk. Darum taugt der ganze Entwurf nichts und das Dreikönigbündniß kann uns keine Verfassung geben, die uns annehmbar wäre. — Der Verwaltungsrath würde in Beziehung auf das Wahlgeseß sich milde gegen uns beweißen, sagt tröhnend der geehrte Vorredner? — Ach, meine Herren, wahrlich es liegt nicht in meinem Wesen, fremde Milde nicht gern entgegen zu nehmen und wohlthunend zu empfinden, wenn sie mir geboten wird, wo ich stehe als der einzelne Mann. Aber wenn ich mein Volk vertritt, dann kann von Milde nimmermehr die Rede sein, der ich es überantworten sollte. Dann muß ich sein Recht wahren und wehe mir in meiner Todesstunde, wenn man nicht milde mit ihm verführe und ich hätte das verschuldet! — Ach! es mischt sich hier so Verschiedenartiges, daß ich kaum übergehen mag aus dieser Erregung zu dem, was ich über das preussische Wahlgeseß noch sagen wollte. Es ist ja nur ein Wahlgeseß, hat man uns schon oft entgegnet, und hier ist so eben noch hinzugesügt, wir müßten es nur als ein provisorisches betrachten! Das mag doctrinären Staatsrechtslehrern so erscheinen. Aber wir, die wir selbst in der Wahl gestanden haben, nun schon mehr als einmal, wir wissen besser, was es damit auf sich hat, und ich kann nicht sagen, daß es gleichgültig ist, ob ich hier stehe zu reden und zu stimmen, oder ein Anderer, sonst müßte ich mich selbst verleugnen, und die Einsicht derer, die mich gewählt haben.

Es ist nicht gleichgültig, ob ich gewählt wurde oder ein Anderer, und das ist die Folge des Wahlgeseßes. Provisorisch nur soll es sein? Meine Herren, das Wort provisorisch ist hier zu übersetzen in: es ist das Wahlgeseß zum ersten constituirenden Reichstage, aber so übersetzt, fällt auch die ganze Betonung auf das Wahlgeseß. Der Reichstag entscheidet über die Annahme der fast unabänderlich gemachten Reichsverfassung, die doch dem Volke so wenig entspricht, daß es dahin kommen könnte, daß, wie dort gesagt wurde, die Demokraten zu den Waffen

griffen, was wir nicht wollen. — Württemberg soll nicht widerstehen können und auch Baiern nicht? — nun meine Herren, da kommt es wieder darauf an, ob man das glauben und hoffen kann. Könnte ich das glauben und hoffen, könnte ich alles, was ich sehe und weiß, mir ausdeuten zu einer vernünftigen Hoffnung hierauf, ich wäre ein glücklicher Deutscher, ich hätte nicht das Gefühl der Ohnmacht, der Zerrissenheit, die meinem Vaterlande droht. Kommt diese Schmach nicht aber doch über uns, wenn wir auch allesamt Nein! sagen? Unser Nein wendet sie allerdings nicht sicher ab; wahren wir aber unser Gewissen dabei! Gefühlspolitik kann das wohl nicht genannt werden, und darüber, glaube ich, darf ich wohl ein für alle Mal zurückweisen auf das Wort, was der Abg. Kloster heute morgen darüber gesagt hat. — Materielle Interessen sollten Baiern und Württemberg nothwendig zu dem norddeutschen Sonderbunde hinziehen? Meine Herren, auch hier muß ich wiederum sagen, das habe ich bisher nicht gewußt, ich glaube es auch noch nicht, wenn mir kein besserer Beweis gebracht wird, als der, welcher darin liegen soll, daß Baiern in keinen Handelsverträgen mit Oesterreich steht. Meine Herren, da muß ich bekennen, daß ich ein arger Democrat bin, und solchen Glauben an die Untrüglichkeit der Cabinetspolitik schon lange, fast seit meiner Kindheit nicht mehr gehabt habe, um zu meinen: wo kein Handelsvertrag besteht, da ist auch kein Bedürfnis und keine Handelsbeziehung. Wir Alle haben, glaube ich, schon vielfach gewünscht, daß Staatsverträge da fehlten, wo sie hätten sein sollen, und sich vorfinden, wo sie nicht nöthig waren. Ach! ich sehe nur Zerrissenheit und selbst die letzte Hoffnung des Abg. Nieberding II. kann ich nicht theilen. Es wird nur eine schlimmere Zerrissenheit sein auf Nie wiedersehen! Dennoch ruft Herr Oberst Mosle uns zu, wir sollen das Wagstück nicht unterlassen, denn eine große Krise stehe bevor. Meine Herren! Die große Krise wollen wir abwenden nach unserer Schuldigkeit und ich thue das, indem ich heute Nein sage, mag da kommen, was da will, wir haben uns nicht, was man nennen kann, eine neutrale Stellung gegeben, wir sind vielmehr nur frei geblieben, und bei unserm Recht. Wie unhaltbar und verantwortlich aber wäre erst unsre Stellung, wenn unsre Brüder in den nächsten Tagen etwas geschaffen hätten, dem wir nicht beitreten könnten, weil wir leichtsinnig dieses Berliner Bündniß eingegangen wären. Darum soll man uns nicht vorwerfen, daß wir die Gänze trüg zurücklegen; wir binden sie nicht, weil es kein offenes, kein ehrliches Bündniß für Alle ist. Mit gebundenen Händen, wie das preussische Bündniß uns nehmen will, würden wir ohnehin wenig dazu thun können, um die Krone Preußen festzuhalten an ihrem Wert. Ach! meine Herren, mit diesem Festhalten könnte es uns leicht eigen gehen, und als ich das Wort hörte vom geehrten Vorredner, fiel mir die Geschichte ein von Einem, der seinem Kameraden zurief: er habe einen gefangen, und auf die Aufforderung: er solle ihn bringen, antwortete: ich kann nicht, der Kerl will mich nicht loslassen. — Offenheit der Berliner Vorlagen? — Der Vorredner hat sie gefühlt, er hat unter diesem Eindruck in Berlin gelebt und gehandelt, das weiß ich, aber ich weiß auch, daß ich nöthig habe das Urtheil über die



Offenheit zu verweisen an Denjenigen, der die Herzen und die Nieren prüft. Ich sage Ihnen vielmehr: prüfen Sie die Denkschrift! Ich wenigstens kann darin deutlich sehen, daß das Gegenteil von Offenheit darin offen erwiesen ist. Prüfen Sie die einzelnen Worte der einzelnen §§., wie hie und da oft durch ein kleines Wort der Sinn verschoben wird. Da wird Jedem die unglückselige Thatsache gleich ins Gedächtniß gerufen werden, wie in der alten deutschen Bundesacte stand, „bis ans Meer“, statt „ins Meer“ und darüber Deutschlands Handel und Industrie bald zu Grund gegangen wäre. Derartige Dinge aber möchten recht viele in der Denkschrift stehen. Dennoch gebe ich gern zu, daß das Cabinet von Berlin an dem eingeschlagenen Wege unablässig festhalte. Aber das muß uns gerade abschrecken, wenn der eingeschlagene Weg kein ehrlicher und nicht der rechte ist. — Wenn dahingegen unser Staatsregierung die allgemeinen politischen Verhältnisse, wie ich diesen Morgen sagte, das einmal als dringend, das andermal als weniger dringend dargestellt hat, so muß ich mich dagegen verwahren, daß darin nothwendig ein Vorwurf liege. Geht es nicht häufig so in dieser Welt, daß, was heute als ein erstrebenswerthes Gut erschien, als eine Thorheit morgen sich darstellt? und das wird das Schicksal dieses Dreikönigsbündnisses sein. Es wurde gesagt, auf einen Wink des Königs wäre Preußens Landwehr auf den Weinen gewesen, um gegen die Brüder in Süddeutschland zu kämpfen, aber dabei ist vergessen worden, zu erwähnen der Hüßladen von Herlohn und der Barricaden zu Elberfeld. So also ist die Thatsache, und ich darf mein Wort von heute morgen getrost wiederholen: es ist nichts anders, wir wollen Preußen erobern mit den Waffen der Vaterlandsliebe, daß auch in ihm die Vaterlandsliebe erstarken und es deutsch machen wird! Es hat endlich der Vorredner die Herrlichkeiten des preussischen Kriegswesens anschaulich uns dargestellt, in seinen Festungen und seinem Kriegsheere. Nun, die preussischen Festungen lieben wir vielleicht nicht so sehr, und Manchem unter uns möchte es bedünken, daß er vor einer nähern Bekanntschaft mit ihnen nicht gar zu sicher bleiben könnte, wenn wir erst recht preussisch wären. Was aber die Herrlichkeit des preussischen Heeres anbetrifft, so führt dies uns auf einen sehr ernsten Gegenstand der Betrachtung zurück. Warum handelt es sich überhaupt seit dem Frühjahr 1848? Den Schlund der Revolution zu verstopfen; das war das Streben der Vertreter der Nation in Frankfurt im Vorparlament, im Fünfziger-Ausschusse, in der Nationalversammlung und nun im Fürstentathe zu Berlin und überall. Der Schlund der Revolution soll verstopft werden. Da fragen wir aber doch sicher zunächst, wo liegen denn die Ursachen, die sie immer wieder neu geboren haben? und die Antwort wird leicht in erster Reihe lauten: im Volksstaat. Diese Antwort, ist sie auch nicht die allein richtige, hat doch eine größere Berechtigung als die: das Treiben der Wähler sei an Allem Schuld. Aber mit der Abschaffung des Volksstaates ist es noch nicht geschehen gewesen. Es ist nur der eine Theil des Volkes, der mächtig diese Forderung gestellt hat. Aber Alle fordern materielles Wohl, und die stehenden Heere,

dieser Krebs der modernen Staaten, womit man jetzt die Revolution bekämpfen will, womit man sie aber immer wieder aufstacheln wird, das ist die andere Quelle der Revolutionen seit den 90er Jahren. Die stehenden Heere haben das Mark des Volkes verzehrt; hätte das Volk seine Mittel verwenden können zu seinem Wohlbefinden im Innern, dann wäre nimmermehr der Widerwille so groß gewesen gegen Anderes, was allerdings auch nicht in der Ordnung war. Darin liegt der Stammfehler der Monarchie, daß sie auf Hof und stehendes Heer sich stützen will, statt auf das Glück des Volkes und seine Anhänglichkeit an die Staatsverfassung, und wenn im Buche der Zukunft geschrieben steht, daß sie nimmermehr bestehen soll, so hat sie es vorzugsweise diesem falschen Grundgedanken zuzuschreiben. Darum kann ich dem geehrten Vorredner keinen Erfolg versprechen in diesem Saale, wenn er uns locken will zum Beitritt in das Bündniß durch das Lob des preussischen Heerwesens.

Das ist mir gerade das Abschreckendste in der Sache. In dem stehenden Heere sehe ich Blut, viel Blut, nicht eben des Feindes Blut, welches das Heer vergießen wird; sondern das Blut, welches seine Abschaffung das Volk kosten wird. Das einzige Mittel, meine Herren, wodurch der Schlund der Revolution dauernd verstopft werde, ist Achtung vor den Rechten des Volkes und Abschaffung der stehenden Heere, der drückenden Abgaben, die durch dasselbe herbeigeführt werden. Denn das Volk will nicht länger die Hälfte der Steuern, die es zahlt, und manchmal gar fast den ganzen ordentlichen Betrag derselben für das stehende Heer bezahlen, und so sage ich, wir können nicht anders, wir müssen eine Obergewalt abweisen, welche hierin so sehr den gerechten Ansprüchen des Volkes entgegen zu sein und uns Oldenburgern namentlich keine Uebereinstimmung mit den Absichten unserer Staatsregierung, die erst vor wenigen Tagen zu unserer Freude uns eröffnet wurden, in Aussicht stellt, sondern das Gegenteil und unsern Finanzruin. Die Reichsverfassung steht in ihrer Rechtskraft; sie ist nicht in das Gebiet des Idealen zu verweisen; sie muß uns real bleiben. In das Gebiet des Idealen würde sie erst durch unseren Beitritt zu dem Dreikönigsbündniß für uns verwiesen, das können und wollen wir nicht, wenigstens nicht anders, als wenn der neue Weg klar zu demselben Ziele führte, wenn das, was uns geboten wird, ein vernünftiger Weg zu diesem Ziele wäre. So lange dies aber nicht der Fall ist, muß die Reichsverfassung das Panier für unser deutsches Volk und für uns bleiben, auf das wir nicht verzichten dürfen. Denn, meine Herren, dem Volke wird, neben diesem Paniere, auch das Wort aus der Paulskirche unvergessen sein, wo es hieß: wer sich gegen die Nationalbeschlüsse auflehnt, ist ein Rebell, er trage die Krone oder die Blouse! Diesem Vorwurfe würden wir unser oldenburgisches Volk aussetzen, wenn wir ohne Ueberzeugung von der dringendsten Nothwendigkeit, die nicht vorliegt, von diesem Rechte abgingen und es vergeben wollten.

Ich kann nicht, ich darf nicht, und darum will ich nicht; ich muß Nein sagen zu dem Berliner Bündniß. (Bravo.)



# Der Beobachter.

## Ein Volksblatt.

Dienstags und Freitags erscheint eine Nummer in  $\frac{1}{2}$  Bogen. Der Vorausbezahlungspreis ist für auswärtige Abonnenten, einschließlich des Oldenburgischen Postporto's, vierteljährlich 36 Gr.; für die Abonnenten der Stadt Oldenburg 34 Gr. frei ins Haus.

VI. Jahrgang.

Freitag, den 28. September 1849.

Nr. 78.

Oldenburg 1849, Septbr. 20.

Die „Kleine Chronik der Neuen Blätter“ Nr. 75. enthält einen Schmähartikel aus Delmenhorst gegen diejenigen Abgeordneten, welche gegen den Anschluß an das Dreikönigsbündniß gestimmt haben und besonders gegen den Abg. Mölling. Wir würden denselben mit Verachtung zur Seite legen, wenn es nicht nothwendig wäre, dem Volke zu zeigen, welche Mittel angewandt werden, um die sogenannte Opposition d. J. diejenigen, welche nicht unbedingt der Regierung anhängen, welche sogar beantragt haben, daß die Regierung mit der Formation des Reiterregiments einhalte, zu verdächtigen.

In dem Artikel heißt es unter andern:

„Der Einsender dieses, welcher bei den Landtagsverhandlungen am 1. d. M. als Zuhörer gegenwärtig war, kann zwar nicht Wort für Wort wiedergeben, was der Abg. Mölling in dieser Hinsicht sagte; aber mit Bestimmtheit erinnert er sich, daß derselbe im Wesentlichen Folgendes erklärte:

„er wolle die Antwort geben auf die ihnen immer von Neuem vorgehaltene Frage, welchen Weg sie einzuschlagen gedächten. Er wünsche den alten Bundestag zurück, — je schlechter, desto besser. Dann werde das ganze Volk dagegen stehen.“

„Diese Erklärung des Abg. Mölling findet sich nun nicht in den stenographischen Berichten, und liegt die Frage sehr nahe, was der Grund davon sei. Ein Versehen von Seiten der Stenographen kann man hier unmöglich annehmen, und so bleibt nichts übrig, als eine absichtliche Täuschung des Publikums anzunehmen. Es wird der fragliche Theil von Möllings Rede absichtlich gestrichen sein, indem man eingesehen haben mag, wie sehr es den letzteren und seine politischen Freunde blos stelle, wenn es im

Landes allgemein bekannt werde, wohin ihr wahres Streben gehe. Der Abg. Mölling wird gefüht haben, daß man es im Publikum eines Volksvertreters unwürdig finden werde, in einer gesetzgebenden Versammlung eine Politik zu predigen, die zur Revolution führt, und mag es ihm daher leid genug gethan haben, daß ihm, dem Führer der Opposition, im Eifer der Rede seine wahre Herzensmeinung entfahren ist.“

Nun fragen wir:

1) Ist es ehrlich, eine eigne Erzählung als die von Jemanden gebrauchten Worte zu bezeichnen?

2) Kann sich wohl der Abg. Mölling in dieser Weise geäußert haben? — die Erklärung soll, dem Zusammenhang nach, abgegeben sein nach stattgehabter Besprechung mit seinen Gesinnungsgenossen, und dennoch sollte er, als den von ihnen einzuschlagenden Weg angegeben haben seinen Wunsch? — Ein Wunsch kann allerdings ein Grund sein, einen bestimmten Weg einzuschlagen; er ist aber doch nicht der Weg zum Ziele. Vielleicht wird der Abg. Mölling gesagt haben:

„Wir wollen die Ereignisse abwarten.“

So meinen wir, die wir den Abg. Mölling nicht für einen Confusionar halten, wofür ihn hier kürzlich lojale Abgeordnete erklärt haben. Risum teneatis amici!

3) Die behauptete Unmöglichkeit eines Versehens der Stenographen ist an sich eben so absurd, wie die daraus gezogene Folgerung einer absichtlichen Täuschung des Publikums. Aber — passieren denn die stenographischen Berichte eine Censur? Uebt die Opposition diese Censur? Wo nicht, so ist eine unwahre Verdächtigung der stenographischen Berichte verschuldet. Auf diesem Wege kann uns, wenn erst die Meinung des Landes über das Verhalten der Opposition bekannt ist, begreif-